

30. JANUAR
Zoo
 Maskenball

deutscher und
 reicher Auswahl
 bei einem An-
 be unter Garantie

Also der
 Anpl. Anzug
 RM

79.80
89.20
102.00
114.80
127.60
140.40

abatti

W

isonhausstraße

Die Komödie

Freie Bahn dem
 Laustspiel von A. Hinrichs
 Dr. Birkner Wesck
 Aöle Holm
 Ursula Gersch
 Kurt Schumann
 Alex. Bubenkamp Kersten
 Direktor Suttner Stockel
 Dr. Noide Rühbeck
 Degenhardt Oltberg
 Dr. Wenck Fasta
 Frau Dr. Lehmann Tiele
 Ende 4 1/2 Uhr
 Volkshäuser: 2641-2700
 Fr. Freie Bahn d. T. Schilling

Residenztheater

Die Flucht in die
 Ehe
 Operette von N. Brodsky
 Stefan Folby Marie a. U.
 Andras Folby Wörge
 Elli Dropp Kupfer
 Ropa Clary a. G.
 Peter Göncöl Lerca
 Sual Eckart
 Die Mama Kallner
 Olym basal Sakoff
 Ferry Schippt
 Noto Kallner
 Hoteldirektor Brunner
 Jolanda Mehnert
 Ende gegen 11 Uhr
 Bühnenwolk. I. 4501-4508
 Fr. Die Flucht in die Ehe

Central-Theater

Gastspiel Real Barony in
 Die Blume
 von Hawal
 Operette von P. Abraham
 Prinzessin Laya Wit
 Susanna Provesse Colari
 Am Boy Colari
 Kapit. Stone Groenewald
 Lloyd Harrison Sika
 Beate Worthington Barony
 Ein Hauff Helfd
 Prinz Lilo Taro Passini
 Raka Schilling
 Kanako Hilo Langri
 Admiral Maklotok Janda
 Leutnant Hilt Kieber
 Kadett Filipa Günther
 Perouquet Fleck
 Ende 11 Uhr
 Volkshäuser: 736-775
 Bühnenwolk. I. 331-400
 Fr. Die Blume von Hawal

Central-Theater

Gastspiel Real Barony in
 Die Blume
 von Hawal
 Operette von P. Abraham
 Prinzessin Laya Wit
 Susanna Provesse Colari
 Am Boy Colari
 Kapit. Stone Groenewald
 Lloyd Harrison Sika
 Beate Worthington Barony
 Ein Hauff Helfd
 Prinz Lilo Taro Passini
 Raka Schilling
 Kanako Hilo Langri
 Admiral Maklotok Janda
 Leutnant Hilt Kieber
 Kadett Filipa Günther
 Perouquet Fleck
 Ende 11 Uhr
 Volkshäuser: 736-775
 Bühnenwolk. I. 331-400
 Fr. Die Blume von Hawal

30. JANUAR
Zoo
 Maskenball

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Redaktions-Adressen: Dresden
 (Hauptredaktion) Postfach 25343
 Für die Westpreußen: Nr. 20211
 Schriftleitung u. Druckerei: Dresden
 Dresden - E. L. Wallstraße 24/25

Bezugspreis bei wöchentlich zweimaliger Herausgabe monatlich 6.80 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung), bei halbjährlicher Herausgabe 32.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung). Bei halbjährlicher Herausgabe 32.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung). Bei halbjährlicher Herausgabe 32.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung). Bei halbjährlicher Herausgabe 32.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung).

Druck u. Verlag: Druck & Verlags-
 Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
 Redaktions-Adressen: Dresden
 (Hauptredaktion) Postfach 25343
 Schriftleitung u. Druckerei: Dresden
 Dresden - E. L. Wallstraße 24/25

Wiederaufbau nur bei Tributstreichung

Sir Layton: „Endregelung so schnell wie möglich!“

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Januar. Es bleibt heute nichts anderes übrig, als das vorläufige Scheitern der Lausanne Konferenz nun auch offiziell festzustellen. Den letzten Stoß hat hier die gestern vom Foreign Office veröffentlichte Erklärung der englischen Regierung gegeben.

Es ist nunmehr der französischen Politik gelungen, wieder einmal einen Zerschmetterten aus den Beziehungen der europäischen Staaten untereinander zu machen.

und es wird deshalb gut sein, schon heute diejenigen Mächte einzeln mit der Verantwortung zu belasten, auf deren böswillige und übermäßige Politik das zurückzuführen ist. Deutschlands Weg ist nicht nur politisch durchaus gerechtfertigt gewesen, sondern war auch formal völlig korrekt. Deutschland hat den Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses bei der V. S. J. eingebracht, hat ihn auch jederzeit mit dem gewünschten Material und Informationen versehen und damit den Revisionsmechanismus des Youngplans in Gang gesetzt. Dieser Mechanismus steht auf Grund der Arbeiten des Sonderausschusses bei der V. S. J. bekanntlich eine Regierungskonferenz vor. Diese Konferenz ist aber nicht abgehalten worden, sondern hat sich in der Zwischenzeit aufgelöst. Die Konferenz hat es nicht geschafft, die notwendigen Entscheidungen zu fassen, die eine Entspannung der wirtschaftlichen Atmosphäre mit sich zu bringen geeignet sind, auch nur um einen Tag hinausgeschoben werden. Für das deutsche

Verhalten eine Entschuldigung des Reparationsproblems umgehend erforderlich ist. In diesem Zusammenhang wird in politischen Kreisen an den Beziehungen, die auf eine Verlängerung des Hooverjahres hinauslaufen, darauf hingewiesen, daß die Anerkennung eines zweiten Hooverjahres schon deshalb nicht in Frage kommen kann, weil sie die Abgabe eines Zahlungsversprechens darstellte würde.

„Ein verbrecherisch dummes Geschäft“

London, 21. Januar. In einer Rede im Londoner Handelsklub verlangte der Führer der Parlamentarier der Arbeiterpartei, Vandenburg, die völlige Streichung aller Tributzahlungen und Kriegsschulden. Die Welt würde sich niemals wieder erholen können, bevor diese Streichung nicht restlos durchgeführt sei. Wiederaufbau und Tributzahlungen seien „ein verbrecherisch dummes Geschäft“.

Flusschub bringt keine Besserung

London, 21. Jan. Unter Hinweis auf die gestrige Mitteilung des Foreign Office erklärte „Times“, die europäischen Staaten müßten ihr Aussehen tun, um sich selbst zu helfen, bevor sie irgendeine Hilfe von Amerika beanspruchen. Selbstverständlich komme eine endgültige Lösung im Augenblick bei den vollkommen auseinandergehenden Ansichten der Regierungen nicht in Frage. Aber man sollte Deutschland eine Gelegenheit geben, zu erklären, was es zu sagen hat, und in gemeinsamer Beratung erörtern, was sofort geschehen

kann. Die Tatsache, daß in Frankreich und in Preußen bald Wahlen fällig sind, hat zweifellos eine ganz bestimmte Rückwirkung auf die Reparationskonferenz, ist aber kein ausreichender Grund, eine Reparationskonferenz aufzuschieben. Das Blatt wiederholt seine Erklärung, daß keine Rede von einer gemeinsamen Front gegenüber Deutschland oder gegenüber den Vereinigten Staaten sein könnte, und bezeichnet die Behauptung, daß ein solcher Aufschub eine Besserung bringen würde, als mehr als töricht.

Die Pariser Presse droht

Paris, 21. Januar. Die Tatsache, daß die Konferenz von Lausanne am kommenden Montag nicht beginnen kann, wird in der französischen Presse verzeichnet, aber noch nicht allgemein kommentiert. „L'Echo de Paris“ schreibt, Reichsfinanzminister Dr. Brüning bereite sich darauf vor, einen vorläufigen Vertrag zu unterzeichnen, der Frankreich einseitig verpflichten würde. Wenn es an seiner Ideologie festhalte, sei alles zu befürchten. Frankreich dürfe es nicht dazu kommen lassen, daß die Zeit gegen es arbeite, und daß der 1. Juli herankomme, ohne daß eine Entscheidung getroffen sei.

Frankreich müsse Deutschland zu spüren geben, daß es in vielen Dingen die Hilfe Frankreichs nicht entbehren könne.

Nach Ansicht des „Matin“ sei es falsch, zu behaupten, daß die Pariser Sachverständigen feststellten hätten, Deutschland könne nicht mehr bezahlen; sie hätten nur gesagt, Deutschland könne gegenwärtig nicht zahlen. Auch hätten die Sachverständigen nie die Annulierung des Youngplans ins Auge gefaßt, sondern nur eine Gesamtüberprüfung der Regierungsschulden, also der Reparations- und Kriegsschulden zusammen. Jetzt drohe Deutschland mit Initiativen, die ernste Rückwirkungen auf das Ausland haben würden, aber Frankreich lasse sich keine Erpressungen gefallen.

Wörterbuch Englands von der französischen These

ist ein offener Brief Laytons an die „Daily Mail“ charakteristisch. Layton hatte bekanntlich vor einiger Zeit eine Rede über die Reparationsfrage gehalten, die von der französischen Presse weitlich gegen Deutschland ausgenutzt wurde und die in der Tat einige aufsehenerregende Unklarheiten enthielt. Heute hält er Layton für richtig, alle umlaufenden Gerüchte über diese Rede richtigzustellen, und legt seinen Standpunkt dahingehend zusammen: Das Herausreißen eines Teiles seiner Rede aus dem Zusammenhang gebe einem falschen Eindruck von seiner Haltung gegenüber dem Reparationsproblem.

Er habe in seiner Rede ausgeführt, daß es viel besser für alle Beteiligten, einschließlich Englands, wäre, wenn die politischen Zahlungen vollkommen annulliert würden.

Layton beipflichtet dann die überaus schädlichen Wirkungen der Reparationen und zieht aus dieser Darstellung folgende Schlusfolgerungen:

1. Es ist viel besser, die Kriegsschulden zu annullieren, als das Risiko einer neuen Sitzung nach dem Vorbild der Sitzung der beiden letzten Jahre einzugehen.
2. Es ist von größter Wichtigkeit, eine endgültige Regelung so schnell wie möglich zu erreichen, denn der Prozeß des Wiederaufbaus kann nicht beginnen, solange diese Zahlungsverpflichtungen über der Welt hängen.
3. Wenn es für die Bereitung eines Weges zu einer allgemeinen Vereinbarung notwendig ist, daß einzelne Zahlungen geleistet werden, um bestimmte besondere Ausgaben zu decken, dann sollten die von Deutschland bezahlten Summen so bescheiden sein, daß sie die Zahlungsbilanz des normalen Welthandels nicht ernstlich stören können.

Layton betont schließlich, daß er im Einvernehmen mit seinen Kollegen vom Baseler Sachverständigen Ausschuss sehr überzeugt sei, daß eine endgültige Festlegung der deutschen Verbindlichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine dringende Notwendigkeit für die Welt sei.

Diese Feststellungen des Baseler Hauptfachverständigen sind besonders bemerkenswert, weil er sich wieder zur völligen Tributstreichung als der Idealfall bekennend und den Plan der Minimalzahlungen nur mehr als ein vom englischen Standpunkt aus vielleicht notwendiges Übel durchschimmern läßt. Für den augenblicklichen Stand der Dinge ist am wichtigsten, daß der Vorsitzende der Baseler Sachverständigen scharf gegen die Verschleppungsabsichten der Reparationskonferenz protestiert, deren Voyer die Lausanne Konferenz vorläufig geworden ist. Von berufener Stelle ist damit vorläufig festgestellt, daß das Ausweichen vor klaren Entscheidungen und dem Empfehlungen des Baseler Ausschusses zumwiderläuft und die Verantwortung für die daraus zu erwartenden Folgen ganz auf die französischen Staatsmänner fällt, die sofortige Maßnahmen verhindern haben.

Deutschland bleibt fest

Berlin, 21. Januar. In den Meldungen über eine Verschiebung der Reparationskonferenz wird an halbamtlicher Stelle erklärt, daß bei der Reichsregierung es sich nicht um eine Verzögerung der Konferenz handelt, sondern um eine Verzögerung der Verhandlungen, die notwendig sind, um die Konferenz in einem allen Standpunkt schließenden Maaße angesichts der Befürchtung der allgemeinen Weltwirtschaft

Keine Tributbelastung der Reichsbahn!

Die Industrie warnt Brüning

Düsseldorf, 21. Januar. 88 maßgebende rheinisch-westfälische Wirtschaftskörperschaften haben unter Führung des Vizepräsidenten des Reichsanwalters und Reichsverkehrsministers eine Eingabe gerichtet, die sich gegen Änderungen des Baseler Sonderausschusses

wendet, die die Befristung aufkommen ließen, daß innerhalb des Sonderausschusses die Ansicht vertreten worden ist, die Reichsbahn könne künftig unter günstigeren Verhältnissen wieder an der Aufbringung der Tributlasten mitwirken und bedürfte nur vorübergehender Erleichterungen. Demgegenüber muß, so heißt es in der Eingabe, mit aller Eindringlichkeit festgehalten werden, daß

1. der im Baseler Bericht gewählte Vergleichszeitraum für eine Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn nicht maßgebend sein kann, weil die Jahre 1928 bis 1929 anerkanntermaßen im Zeichen einer Kreditinflation und wirtschaftlichen Scheiterns standen, die auch auf den Verkehrsumfang günstige Rückwirkungen haben mußte;

da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.

Amerika verhandelt nur mit geeintem Europa

New York, 21. Januar. Der bekannte amerikanische Journalist Vippmann behandelt in einem Vortragsartikel, der in der „New York Herald Tribune“ und in anderen bedeutenden Zeitungen Amerikas erscheint, die Schuldenfrage. Man muß diesem Artikel große Bedeutung bei-

legen, da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.

Das japanische Parlament aufgelöst

Tokio, 21. Januar. Das japanische Kabinett hat am gestrigen Abend der Mehrheit der Opposition beschließen, das Parlament sofort aufzulösen. In der letzten Sitzung ergriffen mehrere Regierungsvertreter das Wort, um die Bildung des Kabinetts zu verteidigen. Außenminister Yoshizawa erklärte einen Bericht über die außenpolitische Lage. Der Kaiser von Japan hat den Entschluß über die Parlamentsauflösung bereits unterzeichnet. Obwohl über die Neuwahl noch kein Regierungsbeschluss vorliegt, verlautet, daß die Wahl am 20. Februar stattfinden soll.

Amerika verhandelt nur mit geeintem Europa

ist der Schuldentriston verwickelten. Ferner müßten die Holländern herabgesetzt, die Waldindustrie zur Erhaltung des Friedens verbessert, die Maßnahmen vermindert und gemeinsame Maßnahmen zur Stabilisierung der Währungen getroffen werden. Erst dann könnten die europäischen Staaten nach Washington kommen und ihre Angelegenheit dem Gewissen des amerikanischen Volkes unterbreiten.

Niemand könne allerdings eine Gewähr geben, was dann geschehen werde. Aber er, Vippmann, sei sicher, daß die Amerikaner niemals von sich aus etwas freiwillig geben würden, solange zwischen den europäischen Mächten dauernd Uneinigkeit bestehe. Wenn der Kongreß dann noch Schwierigkeiten machen sollte, so werde doch diese Art des Vorgehens für Europa selbst die größten Vorteile haben und es in eine moralisch unannehmbare Stellung bringen, von der aus es um die Wiederaufnahme der Kriegsschuldenfrage erfragen könne.

Man muß diesem Artikel große Bedeutung beilegen, da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.

Das japanische Parlament aufgelöst

Tokio, 21. Januar. Das japanische Kabinett hat am gestrigen Abend der Mehrheit der Opposition beschließen, das Parlament sofort aufzulösen. In der letzten Sitzung ergriffen mehrere Regierungsvertreter das Wort, um die Bildung des Kabinetts zu verteidigen. Außenminister Yoshizawa erklärte einen Bericht über die außenpolitische Lage. Der Kaiser von Japan hat den Entschluß über die Parlamentsauflösung bereits unterzeichnet. Obwohl über die Neuwahl noch kein Regierungsbeschluss vorliegt, verlautet, daß die Wahl am 20. Februar stattfinden soll.

Man muß diesem Artikel große Bedeutung beilegen, da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.

Man muß diesem Artikel große Bedeutung beilegen, da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.

Man muß diesem Artikel große Bedeutung beilegen, da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.

Man muß diesem Artikel große Bedeutung beilegen, da die Ansicht des Vizepräsidenten häufig typisch für die amerikanische amtliche Auffassung ist. Vippmann beklagt sich über die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, die Tributfrage zu regeln. Man könne in Europa nicht verstehen, daß durch eine Verlängerung des Zahlungsausschusses Deutschlands Lage nur schlimmer werden könne, da so die ausländischen Kapitalisten aufgefordert würden, ihre Gelder schnellstens aus Deutschland zurückzunehmen. Nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine Regelung, die Deutschland annehmen könne, werde diese Frage abgeschlossen.